

Plenarsitzung am 20. Juli 2011

Debatte zum Schulkompromiss zwischen SPD, GRÜNEN und CDU

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Für mich ist der Ausgangspunkt dieser Debatte untrennbar mit den Diskussionen in der letzten Legislaturperiode und den Namen Horstmar und Schöppingen verbunden. Mich hat damals tief beeindruckt, dass zwei Bürgermeister sehr deutlich gemacht haben, aufgrund des Drucks durch rückläufige Schülerzahlen müsse es ihnen ermöglicht werden, dass sie ihr Schulangebot verändern können, weil sie sonst perspektivisch nur noch ein Grundschulangebot haben und alle Kinder ab Klasse 5 in den Bus setzen und jeden Tag in Nachbarkommunen fahren müssen.

Mit diesen Ausführungen der beiden Bürgermeister kam für mich das erste Mal ganz realistisch die Diskussion darüber auf, dass wir in ländlichen Regionen in den nächsten zehn Jahren 30 % weniger Kinder haben werden und an dieser Stelle reagieren müssen. Wir haben übrigens auch in den Städten eine rückläufige Kinderzahl. Das merken wir jetzt bei den Kindergärten. Es fängt auch schon in den weiterführenden Schulen an. In der ländlichen Region herrschte aber ganz starker Druck. Deswegen haben die Kollegen darum gebeten, dass sie ein anderes Schulangebot machen können, damit sie nicht am Ende vor Ort überhaupt keine weiterführende Schule mehr haben.

Diese schulpolitische Diskussion ist im Interesse der Kinder geführt worden. Sie war aber auch im Interesse des Standortes; denn die Bürgermeister haben gesagt: Wenn wir über die Grundschule hinaus kein weiterführendes Schulangebot mehr haben, werden Firmen, die sich hier ansiedeln wollen und deshalb erkundigen, welches Schulangebot wir für die Kinder ihrer Mitarbeiter haben, sofort entgegnen, dass sie auch woanders hingehen können, wenn es hier nur Grundschulen gibt. – Insofern gab es eine vielfältige Interessenlage.

Die Herausforderung für die Kommunen, mit den deutlich rückläufigen Kinderzahlen klarzukommen, stellt sich in den Städten und in den ländlichen Regionen durchaus unterschiedlich. Das ist abhängig von den lokalen Gegebenheiten. Diese Herausforderung stellt sich aber überall, auch bei uns in den Städten. Ich lebe in

Aachen, einer Stadt mit 250.000 Einwohnern. Bei uns stellt sie sich genauso. Auch wir müssen darauf reagieren, indem wir Angebote überdenken und letztendlich auch Schulen schließen müssen – nicht weil wir es wollten, sondern weil wir es müssen. Dafür müssen wir lokale Kompromisse finden.

In dieser Hinsicht ist der Kompromiss, der gefunden wurde, fair. Er ist in der Sache vernünftig. Er dient sehr, sehr stark den Kommunen, die vor dieser schwierigen Situation stehen, und damit auch den Eltern und den Schülern.

Das Ganze ist eine gute Lösung, die vor allen Dingen – das ist auch wichtig – Rechtssicherheit schafft. Die Hauptschule wird aus der Verfassung gestrichen. Das wäre in der letzten Legislaturperiode nicht möglich gewesen. Im Ergebnis eines fairen Kompromisses ist es jetzt möglich.

Dieser Kompromiss ist auch richtig und notwendig, weil bei einem Schulgesetz, das man beschließt, ohne entsprechende Konsequenzen vorzunehmen, nachher die Rechtssicherheit nicht gegeben ist, sondern möglicherweise wieder Rechtsstreitigkeiten ausgetragen werden. Und diejenigen, die in den Kommunen schwierige Schritte machen – da machen wir uns nichts vor; es wird auch schwierig werden, dort in jedem Einzelfall zu entscheiden–, sollten dabei Rechtssicherheit haben.

Mich freut, dass wir längeres gemeinsames Lernen in den Klassen 5 und 6 schaffen. Als jemand, der selber Kinder hat, habe ich es immer als sehr hart empfunden, wenn die Trennung an dieser Stelle kam und Kinder schon in einem sehr jungen Alter auseinanderdividiert wurden.

Es schafft auch – das ist ebenfalls schön – Rechtssicherheit für die Schulen.

Ich glaube – gestatten Sie mir diese Bemerkung –, dass dieser durchaus historische Durchbruch nach Jahrzehnten der schulstreitigen Debatte unter Umständen nicht möglich gewesen wäre, wenn wir hier eine Regierung mit einer klaren Mehrheit von fünf oder zehn Stimmen hätten.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE] und von Sören Link [SPD])

Dann hätten wir natürlich eine Mehrheit gehabt, aber es wäre die Frage gewesen, inwieweit sich auch die CDU-Fraktion bewegt. So hat der Konsens einen sehr hohen Wert.

Ich möchte mich dem Dank an die Ministerpräsidentin und die Schulministerin anschließen, aber auch ganz klar an Karl-Josef Laumann und Herrn Röttgen. Danken möchte ich auch den Fachpolitikern Sören Link von der SPD und Klaus Kaiser von der CDU, die sich in langer Arbeit – auch im Hintergrund – um die Details bemüht haben und sie auch vorgeklärt haben. In ganz besonderer Form geht dieser Dank auch an meine Kollegin und parlamentarische Geschäftsführerin Sigrid Beer. Das größte Geschenk, das ich ihr machen kann, ist, Redezeit übrig zu lassen; denn ich weiß, wie sie bei diesem Thema brennt.

Ganz herzlichen Dank allen Beteiligten! Damit sind die Diskussionen nicht zu Ende. Wir sind aber einen entscheidenden Schritt weiter.– Ich danke also allen drei Fraktionen, die das unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der CDU und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen.